

Debatte des Deutschen Bundestages am 20. Mai 1992

[...]

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr den Zusatzpunkt 4 der Tagesordnung auf:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“

a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Markus Meckel, Angelika Barbe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR“

c) zu dem Antrag der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ und Förderung außerparlamentarischer Initiativen zum gleichen Thema

d) zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Lederer, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt), Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte“

e) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Adam, Anneliese Augustin, Jürgen Augustinowitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Jörg van Essen, Heinz-Dieter Hackel, Dirk Hansen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion F.D.P.

Aufgaben der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“

– 12/2230, 12/2152, 12/2220 (neu) Buchstabe A, 12/2226, 12/2229, 12/2597 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Dorothee Wilms

Markus Meckel

Dirk Hansen

Gerd Poppe

Dr. Dietmar Keller

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile unserer Kollegin Dr. Dorothee Wilms das Wort.

Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere tägliche Arbeit hier im Deutschen Bundestag ist normalerweise auf Gegenwart und Zukunft gerichtet. Die Enquete-Kommission soll sich vorwiegend mit der Vergangenheit und ihren Wirkungen auf die Gegenwart beschäftigen. Vergangenheit – so hat es Bundespräsident von Weizsäcker einmal formuliert – könne man nicht bewältigen; sie lasse sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen; wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließe, werde blind für die Gegenwart.

Dieses Wort, meine Damen und Herren, war auf die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland gemünzt. Aber ich finde, es besitzt auch Gültigkeit, wenn wir auf die Jahre der SED-Diktatur in Deutschland blicken. Wir können diese 40 Jahre, die für ungezählte Deutsche Unrecht und Verfolgung mit sich brachten, die Leid, Demütigung, Entmündigung und Entwurzelung bedeuteten, nicht „bewältigen“, weil sie sich ja nicht ungeschehen machen lassen. Wir können uns ihnen nur stellen, uns mit ihnen auseinandersetzen, und das wollen und werden wir in der Enquete-Kommission tun.

Wir tun dies vor allem um jener Deutschen willen, die der SED-Diktatur unterworfen waren und zu deren Opfern wurden und die auf der Schattenseite deutscher Nachkriegsgeschichte standen. Selbstverständlich können wir das Unrecht, das sie in über 40 Jahren erlitten haben, nicht in allem wiedergutmachen, schon gar nicht im materiellen Sinne, aber wir wollen ihnen – so steht es in der Präambel unserer Beschlußempfehlung – Hilfen bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Hilfen bei der Bewertung eigener und fremder Verantwortung und Schuld geben, Hilfen, die heilend wirken sollen. Es geht darum, jenen, die unter dem SED-Regime leben mußten, etwas zurückzugeben, was ihnen der allmächtige Staat brutal zu nehmen versucht hat: Selbstwertgefühl, Ehre, Identität.

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit geht aber alle Deutschen an; täuschen wir uns da nicht! So ist der Auftrag dieser Kommission ein gesamtdeutscher Auftrag. Die Teilung Deutschlands mit all ihren Folgen war unser gemeinsames Schicksal. Deshalb sprechen wir in der Präambel unserer Beschlußempfehlung von den gemeinsamen Aufgaben aller Deutschen, sich mit dem SED-Staat und seinen Folgen auseinanderzusetzen. Deshalb schlagen wir vor, der Kommission folgenden Namen zu geben: Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland.

Die Kommission – die vorliegende Beschlußempfehlung zeigt es Ihnen – hat sich selbst ein sehr großes und umfassendes Arbeitsfeld zugewiesen. Erlauben

Sie mir, aus der Fülle der Punkte nur zwei anzusprechen, deren Aufnahme in die Beschlußempfehlung wir von der CDU/CSU-Fraktion für unverzichtbar gehalten haben:

Das ist einmal die Frage nach den, wie es in der Präambel heißt, Wurzeln des in der SBZ/DDR errichteten diktatorischen Systems. Wir müssen diesen Wurzeln nachgraben, wenn wir die Strukturen und die Strategien der SED-Diktatur, aber auch die Instrumente, deren sich die SED bediente, um Macht zu begründen, Macht zu rechtfertigen und zu zementieren, begreifen wollen.

Es geht hier auch nicht nur um das MfS, die Stasi, sondern um die, denen die Stasi Schild und Schwert war. Die DDR, die zweite Diktatur auf deutschem Boden in diesem Jahrhundert, dieses System des sogenannten real existierenden Sozialismus, baute auf Fundamenten auf, die eindeutig ideologischer Natur waren. Es mag sein, daß der eine oder andere auch höhere SED-Funktionär das marxistisch-leninistische Einmaleins nicht mehr bis zur letzten Perfektion beherrschte oder beherrschen wollte. Aber Tatsache ist und bleibt, daß mit der Ideologie der Grundstein für alles gelegt wurde, was nach 1945 zunächst in der SBZ und dann in der DDR geschah. Deshalb werden und müssen wir uns mit ihr auseinandersetzen. Theorie und Praxis können nicht auseinandergerissen werden. Die Praxis folgte der vorgegebenen Theorie.

Zweitens erscheint es uns unabdingbar, die Aufarbeitung der DDR-Geschichte in den Rahmen der innerdeutschen Beziehungen und Verbindungen zu stellen, und zwar nicht nur der Beziehungen der Regierungen, sondern aller auf allen Ebenen: Welche Rückwirkungen hatten die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und kirchlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf die innere Entwicklung des SED-Staats? Das gleiche gilt auch umgekehrt. Es darf gerade auf diesem Feld, so denke ich, nichts ungeklärt bleiben, es darf wegen der Menschen im vereinten Deutschland nichts nachträglich verharmlost werden. Nur wenn wir so handeln, werden wir der Aufgabe gerecht, die sich diese Enquete-Kommission setzt, nämlich Vertrauen zwischen den Menschen in Deutschland zu schaffen.

Lassen Sie mich noch einmal sehr deutlich sagen: Letztlich müssen wir uns in all unseren Überlegungen und in all unseren Projekten und Vorhaben an den Menschen orientieren. Wir müssen die Menschen als Ausgangs- und Zielpunkt nehmen.

Meine Damen und Herren, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird dieser Beschlußempfehlung zustimmen, auch in der Erkenntnis, daß wir manches vielleicht anders formuliert oder akzentuiert hätten. Aber wir haben uns um der Sache und um der Menschen willen dem gesetzten Ziel untergeordnet, einen gemeinsamen, zwischen uns allen unstrittigen Auftrag zu formulieren. Ich denke, das ist gut so.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich erteile jetzt unserem Kollegen Markus Meckel das Wort.

Markus Meckel (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor einem halben Jahr den Vorschlag für die Einsetzung dieser Kommission machte und wir dann in einer kleinen Gruppe zusammensaßen, um den ersten Antrag dafür zu formulieren, als wir dann auch mit Kollegen aus anderen Fraktionen sprachen, glaubte ich nicht, daß es uns gelingen werde, diese Kommission wirklich einzusetzen. Als wir vor zwei Monaten die Kommission einsetzten, glaubten viele nicht, daß es uns gelingen werde, eine gemeinsame, von allen getragene Aufgabenstellung zu erarbeiten, die dann auch noch Qualität hat.

Ich denke, wir legen sie Ihnen nun vor, entgegen den Erwartungen vieler. Ich meine, das ist ein sehr gutes Zeichen dafür, daß sich das deutsche Parlament, der Deutsche Bundestag, mit großer Ernsthaftigkeit diese Aufgabe vornimmt, um sich die belastete Geschichte der zweiten deutschen Diktatur dieses Jahrhunderts zum Thema zu machen, nach den Folgen zu fragen, die sie für die Menschen hatte, und auch danach zu fragen, was das für uns hier im Deutschen Bundestag heißt.

Daß wir Ihnen diese Aufgabenstellung heute vorlegen, ist ein Zeichen für den Willen zum Konsens, ist ein Zeichen dafür, daß wir bereit sind, daß der Deutsche Bundestag bereit ist, sich differenziert auf die Geschichte einzulassen und sie nicht als Holzhammer zu mißbrauchen, mit dem dann möglicherweise eine Partei auf die andere einschlägt. Ich bin froh darüber; denn insbesondere die Menschen im Osten Deutschlands erwarten, daß ihre Geschichte und sie mit ihrer Geschichte ernst genommen werden, daß diese Geschichte differenziert betrachtet wird und nicht auf Enthüllungsgeschichten reduziert. Deutschland braucht eine würdige Beschäftigung mit den Opfern von 45 Jahren Repressionsgeschichte.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht selten hört man angesichts gerade anderen Umgangs mit dieser Geschichte heute schon sagen: Laßt doch die Vergangenheit, wir müssen uns der Zukunft zuwenden. – Ich möchte dagegen betonen: Die Art und Weise, wie wir mit dieser Vergangenheit umgehen, mit ihren Folgen, den Opfern und den Verantwortlichen, wird sich ganz wesentlich auf unsere Zukunftsfähigkeit auswirken. Was Geschichte noch nach Jahrzehnten bedeutet, haben wir gerade in der Diskussion, die wir jetzt hinter uns haben, zu den Verträgen gemerkt.

Ich denke, in der Frage, wie wir mit der Geschichte umgehen, steht die Glaubwürdigkeit von Politik auf dem Spiel. Wir hoffen, in der Kommission einen Beitrag zur Versöhnung in Deutschland leisten zu können, zur, wie es heißt,

Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins und der Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland.

Die vorliegende Aufgabenstellung der Kommission ist kein schwacher Kompromiß der ursprünglichen Anträge. Ich denke sagen zu können – jedenfalls bin ich der Meinung –, er ist besser als alle einzelnen Anträge, die von uns vorgelegt worden sind, da er die spezifische Aufgabe einer solchen Kommission besser und konzentriert verdeutlicht und gleichzeitig zeigt, wie wir arbeiten wollen. Wir wollen – und ich denke, darauf sollten wir Wert legen – ein ergebnisorientiertes, differenziertes Arbeiten.

In dem Antrag steht dann auch, worauf wir als praktische Konsequenzen hinaus wollen. Wir wollen Beiträge zur politischen und moralischen Rehabilitierung der Opfer und zur Überwindung der diktaturbedingten Schäden leisten. Wir wollen das Aufzeigen von Möglichkeiten zur Überwindung fortwirkender Benachteiligungen in Bildung und Beruf und Beiträge zur Klärung der Problematik von Regierungskriminalität in der DDR geben.

Der Erhalt, die Sicherung und die Öffnung der entsprechenden Archive sind uns wichtig, auch die Verbesserung der historischen Arbeit an dieser Geschichte. Es wird ganz wesentlich sein, Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag zu geben im Hinblick auf gesetzgeberische Maßnahmen und sonstige politische Aktivitäten. Und dann etwas, das wir ganz gewiß auch im Hinblick auf unsere Nazivergangenheit als Deutschland auch heute immer noch brauchen: Hinweise zur pädagogisch-psychologischen Verarbeitung auch der DDR-Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, die Arbeit dieser Enquete-Kommission ist eine besondere gegenüber früheren und anderen Enquete-Kommissionen. Nur die Aufgabe des Reichstagsausschusses, der sich während der Weimarer Republik zwölf Jahre lang mit den Folgen des Ersten Weltkriegs beschäftigt hat, ist mit unserer Aufgabe vergleichbar, und auch dieser Auftrag war im Vergleich zu unserem noch begrenzt.

Wir werden uns also sehr auf die zentralen Fragen konzentrieren müssen, dürfen uns nicht verzetteln und müssen, wie ich denke, mit einer klaren Konzeption arbeiten. Besondere Aufgaben erfordern besondere Methoden und eine entsprechende Ausstattung. Darum wollen wir den Deutschen Bundestag dann auch bitten.

Wir haben erste Verabredungen über unsere Arbeitsweise getroffen: In der ersten Phase haben wir uns zwei Veranstaltungen vorgenommen, in denen wir im besonderen Kontakt mit der Öffentlichkeit bleiben wollen, mit der Öffentlichkeit im Lande, mit Opfern und mit denen, die sonst noch mit der Aufarbeitung beschäftigt sind.

Einmal wollen wir eine Anhörung zu dem Thema machen: Was ist politische Aufarbeitung? Hier wollen wir das Verhältnis zur juristischen Aufarbeitung

klären: Welches Recht galt denn in der DDR, und was sind die Bewertungsmaßstäbe, mit denen wir hier umgehen, wenn wir konkretes Handeln beurteilen wollen? Was ist persönliche Verantwortlichkeit, und was ist durch die Struktur bedingt? Wo sind die Grenzen und die Möglichkeiten juristischer Aufarbeitung, und wo liegt hier unsere Aufgabe? Dieser Frage wollen wir uns im Gespräch mit anderen stellen.

Ferner wollen wir im Gespräch sein mit den Initiativen im Lande, den Dokumentationszentren, Arbeitsgruppen und Bürgerinitiativen, die sich das Thema der Aufarbeitung zum Ziel setzen. Wir haben kein Monopol auf Aufarbeitung und wollen es nicht haben. Dies geht nicht; wir können hier nur unseren Beitrag leisten. Dies wollen wir im öffentlichen Diskurs und im Gespräch miteinander tun.

Ferner brauchen wir das Gespräch mit den Opfern, wobei in diesem Zusammenhang natürlich dieser etwas diffuse Begriff genauer ausdifferenzieren ist. Die Opfer müssen rehabilitiert werden, und sie bedürfen der Hilfe und Förderung.

In knapp zwei Jahren wird wenigstens ein Zwischenbericht auf dem Tisch liegen müssen. Wir werden dafür sehr angestrengt arbeiten müssen. Dies erfordert ein ernsthaftes und methodisch reflektiertes Herangehen mit einer klaren Konzeption für den gesamten Zeitraum, was die Arbeitsweise betrifft. Hier steht, wie ich denke, die Seriosität des Unternehmens auf dem Spiel. Über verschiedene Konzeptionen läßt sich streiten. Wichtig ist jedoch, daß wir zu einer gemeinsamen Konzeption in der Vorgehensweise kommen, zu einer Konzeption, die der Aufgabenstellung wirklich gerecht wird.

Manche Vorschläge – dies muß ich bekennen – zu unserem Vorgehen, könnten, so denke ich, dazu beitragen, die Seriosität der Arbeit der Enquete-Kommission in Frage zu stellen. Ich meine, ein Potpourri von Themen und ein wechselweises Ansprechen von Themen, die man dann nicht wirklich bearbeiten kann, werden die Ernsthaftigkeit unserer Arbeit in der Öffentlichkeit in Frage stellen. Ich hoffe sehr, daß es uns gelingt, in den nächsten Wochen auch in der Frage der Arbeitsweise zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen, das der Aufgabe gerecht wird. Ich hoffe, daß es uns gelingt, die Fragen so zu stellen, daß die Menschen erkennen, daß es ihre Fragen sind, die hier thematisiert werden, daß es ihre Bedrückungen sind, die sie in der Vergangenheit schwer belastet haben und die sie in ihrem Leben mit tragen.

Ich hoffe, daß es uns gelingt, diese Fragen so zu stellen, daß wir sie auch durch die Art, wie wir sie behandeln, so bearbeiten können, daß dies der Ernsthaftigkeit des Unternehmens gerecht wird.

Meine Damen und Herren, wir haben uns auf einen schweren Weg gemacht, der in der Parlamentsgeschichte einzigartig ist. Gehen wir ihn so, daß wir anschließend mit Würde und vielleicht auch mit Stolz auf diesen Weg zurückblicken können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, jetzt hat das Wort unser Kollege Dirk Hansen.

Dirk Hansen (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es liegt Ihnen eine Beschlußempfehlung vor, die, wie bereits gesagt wurde, nach intensivstem Bemühen in der Kommission einstimmig angenommen wurde. Der Text ist kein Kompromiß – das ist wohl wahr –, sondern er ist ein Konsens. Er macht deutlich, wie ernst alle in der Kommission die Aufgabenstellung genommen haben. Wir wollen Wissen sammeln, Wissen aufbereiten und Wissen öffentlich nutzen. Aufklärung heißt unsere Aufgabe – und das ohne Tabus.

Der Aufgabenkatalog ist lang und umfangreich. Vielleicht erschreckt manche die Vorlage. Wir sind uns bewußt, daß in ca. zwei Jahren nicht alle aufgeführten Punkte intensiv bearbeitet oder gar dargestellt werden können. Der Bericht, vielleicht der vorläufige Teil und der Zwischenbericht im Jahre 1994 werden Schwerpunkte klarmachen. In den kommenden zwei Jahren sind Konzentration und exemplarisches Arbeiten nötig.

Die Arbeit der Enquete-Kommission ist kein Ersatz für die justitielle Bewältigung oder andererseits auch nicht für die wissenschaftliche Bearbeitung der Themen. Sie ist Teil einer öffentlichen – um mit Habermas zu reden – ethisch-politischen Selbstverständigung. Sie will nicht persönliche Schuld vor den Kadi zitieren. Sie will nicht Rache üben und verteufeln und auch nicht strafrechtliche oder zivilrechtliche Präjudize schaffen.

Aber sie will vorbehaltlos Akten öffnen, kritisch die Vergangenheit vergegenwärtigen, dem Zeitzeugen der Repression ein Forum bieten – Herr Meckel ist soeben darauf eingegangen, daß wir gerade dazu als dem ersten schreiten werden –; sie will die staatlichen und die gesellschaftlichen Mechanismen von Unterdrückung offenbaren, die Chancen von Opposition und Widerstand belegen, und sie will darauf verweisen, wie auch über 40 Jahre vor Abgrenzung von Mauer hinweg die Deutschen in Ost und West ein gemeinsames Schicksal erlitten haben. Die neue Benennung der Enquete-Kommission will dies kenntlich machen.

Die doppelte Vergangenheit, die auch vor dem Fragezeichen von Kontinuitäten oder Diskontinuitäten der Jahre vor 1945 steht – II.8 etwa –, stand immer unter dem Vorzeichen wechselseitiger Einflüsse und Verständigung. Aus ihr entsteht die gemeinsame Zukunft der deutschen Einheit.

Manche fragen skeptisch, weil dem politischen Alltag und seinen Konflikten zugewandt: Wozu Historie?

In diesem Zusammenhang finde ich es, wohl wissend, daß die Enquete-

Kommission eine Kommission des Bundestags ist, schade, daß auf der Regierungsbank sich nur zwei Vertreter dieser Frage stellen. Um so dankbarer bin ich, daß eben diese beiden ihr Gewicht deutlich machen.

(Beifall bei der F.D.P. – Heiterkeit bei der SPD)

Wozu Historie? Mir scheint: Die Erinnerung befreit. Sie macht Zukunft möglich. Sie ist Teil der Versöhnung. Sie ist Grundlage der Demokratie. Sich erinnern heißt Wahrheiten suchen und sagen. Dies schafft Identität.

Die Enquete-Kommission ruft auf: Machen wir uns ans Werk!

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Kollege Dr. Dietmar Keller ist der nächste Redner. Bitte sehr.

Dr. Dietmar Keller (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Enquete-Kommission ist in gewissem Maß ein Experiment. Denn zum ersten Mal in der Geschichte des Deutschen Bundestags ist ihr Gegenstand ein politisch-historisches, geistes- und ideologiegeschichtliches Thema, das seinen Hintergrund in einer unterschiedlichen machtpolitischen Entwicklung über fast ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte hat. Was die Deutschen nach dem 2. Weltkrieg auf verschiedene Art und Weise mitunter versäumt und vernachlässigt haben, versucht jetzt eine parlamentarische Institution für die Nachkriegsgeschichte, ohne dabei andere Formen der Aufarbeitung der Geschichte zu vernachlässigen.

Die Enquete-Kommission unterliegt naturgemäß – auch durch ihre Mitglieder – der Gefahr, persönlich erlebte Geschichte und subjektive Eindrücke und Erlebnisse zur Geschichte zu machen. Wir sollten uns in der Kommission gegenseitig davor warnen.

Deshalb begrüße ich den erreichten Konsens, daß die Enquete-Kommission Forschungen und Archivstudien nicht ersetzen kann und der Wissenschaft nicht vorgreifen will. Die Wissenschaft steht vor einer großen Herausforderung und auf dem Prüfstand, eigene Antworten zu geben.

Es ist auch zu begrüßen und angenehm, daß das Wort der Sachverständigen, die vor allem aus der Welt der Wissenschaft kommen, in der Enquete-Kommission gehört und ernstgenommen wird.

Die von der Enquete-Kommission hier unterbreitete Aufgabe ist weder die Summe noch der Querschnitt der vorliegenden Anträge der Koalition, der SPD, des Bündnisses 90/GRÜNE oder der PDS/Linke Liste, sondern der Versuch eines Konsenses, der in fairem Umgang miteinander unter weitestgehender Ausschaltung parteipolitischer Interessen erstritten wurde.

Erlauben Sie mir deshalb auch ein Wort in eigener Sache. Die vorliegende Aufgabe entspricht in manchen Passagen nicht meinen persönlichen Vorstellungen. Das wird aber manchen anderen Mitgliedern der Enquete-Kommission

genauso ergehen. Sie hat auch nicht die Zustimmung der Gruppe, der ich angehöre, der PDS/Linke Liste, gefunden. Ich persönlich hätte mir gewünscht, daß Vorurteile in der Formulierung von zu bearbeitenden Problemstellungen hier und da neutralisiert worden wären. Ich hätte mir gewünscht, der Verflechtung der Geschichte der BRD und der DDR und ihrem internationalen Umfeld und Beziehungsgefüge einen größeren Stellenwert zuzumessen. Ich hätte mir auch gewünscht, daß Ursachen und Wirkungen von Identifikationsverhalten von Bürgern der DDR stärker berücksichtigt worden wären. Aber solche und andere Wünsche haben auch die anderen Mitglieder der Enquete-Kommission in der Diskussion aufgeworfen.

Ich habe dem Antrag, der Aufgabenstellung in der Kommission zugestimmt. Auch in der Abstimmung hier im Bundestag würde ich zustimmen – wenn die Wahrnehmung eines anderen Termins mich daran nicht hindern würde –: weil ich die Hoffnung auf eine objektive Darstellung des Gewesenen – der Geschichte der DDR im Positiven und Negativen – ohne Vorbehalte habe; weil ich die bisherige Atmosphäre in der Enquete-Kommission für eine gewisse Gewähr halte, daß sich die Mitglieder um die Suche der Wahrheit bemüht haben und auch weiterhin bemühen werden; weil ich die Hoffnung habe, daß die Arbeit der Enquete-Kommission zur Versachlichung der Diskussion und damit letztendlich auch zur Versöhnung beitragen kann, und weil ich noch daran glaube, daß die Kultur des Umgangs miteinander in der Enquete-Kommission – und hoffentlich auch die erreichten und noch vorzulegenden Ergebnisse – zur Verbesserung der politischen Kultur in diesem Hause beitragen kann.

Ich danke.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der F.D.P. und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile das Wort jetzt unserem Kollegen Rainer Eppelmann.

Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erinnern uns sicher: Am 12. März dieses Jahres, als der Deutsche Bundestag beschloß, diese Enquete-Kommission einzusetzen, lagen vier verschiedene Aufgabenbeschreibungen auf dem Tisch. Wir haben dann den Auftrag erhalten, bis zum heutigen Tag eine Beschlußempfehlung vorzulegen. Wir haben diese Aufgabe erfüllt, und zwar – wie die Vorrednerinnen und Vorredner das schon gesagt haben – auf eine, wie ich finde, besondere Art und Weise, die mir Mut macht, was die weitere Arbeit dieser Enquete-Kommission angeht. Es liegt nur eine Beschlußempfehlung vor, der die Mitglieder, die Abgeordneten der Enquete-Kommission einstimmig zugestimmt haben. Ich bin besonders dem Abgeordneten Dr. Keller dankbar, daß das bis heute anhält. Danke dafür!

Einhellig haben wir u. a. – ich darf einige Zitate anführen – formuliert:

Die Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland politisch aufzuarbeiten, ist eine gemeinsame Aufgabe aller Deutschen.

An anderer Stelle heißt es wörtlich:

Noch belastet das Erbe der SED-Diktatur das Zueinanderfinden der Menschen in Deutschland. Die Erfahrungen von Unrecht und Verfolgung, Demütigung und Entmündigung sind noch lebendig. Viele Menschen suchen nach Aufklärung, ringen um Orientierung im Umgang mit eigener und fremder Verantwortung und Schuld; sie stellen Fragen nach den Wurzeln.

Ein weiteres Zitat:

Die eingesetzte Enquete-Kommission ist den Menschen in ganz Deutschland verpflichtet, vor allem aber den Deutschen in den neuen Bundesländern, die über nahezu sechs Jahrzehnte hinweg diktatorischen Regierungsformen unterworfen waren; ihnen Hilfen bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und bei der Bewertung persönlicher Verantwortung anzubieten, betrachtet der Deutsche Bundestag als ein wesentliches Anliegen der Kommission.

Der Deutsche Bundestag ist sich der Grenzen bewußt, die einer politisch-rechtsstaatlichen Aufarbeitung gezogen sind. Um so wichtiger ist das Bemühen, – heute und auch weiterhin; wir dürfen uns davon nicht abbringen lassen – verletztem Rechtsempfinden durch Offenlegung des Unrechts und Benennung von Verantwortlichkeiten Genüge zu tun. Zugleich gilt es, einen Beitrag zur Versöhnung in der Gesellschaft zu leisten . . . Die Arbeit der Enquete-Kommission hat das Ziel, im Dialog mit der Öffentlichkeit zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins und zur Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland beizutragen.

Vorrangig sind folgende praktische Konsequenzen ihrer Arbeit anzustreben:

- Beiträge zur politischen und moralischen Rehabilitierung der Opfer und zur Überwindung der diktaturbedingten Schäden,
- Aufzeigen von Möglichkeiten zur Überwindung fortwirkender Benachteiligungen in Bildung und Beruf,
- Beiträge zur Klärung der Problematik und Regierungs-Kriminalität in der DDR . . .

Es heißt nachher weiter:

Die Arbeitsweise der Enquete-Kommission soll u. a. folgende Elemente enthalten:

- Gespräche mit Betroffenen und Bürgergruppen vor Ort,
- Dialog mit Wissenschaftlern und Initiativen, die die DDR-Geschichte aufarbeiten,
- öffentliche Anhörungen und Foren . . .

Unser Bemühen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird sein, einerseits deutlich zu machen, daß nicht alles Leid und Unrecht der 45 Jahre DDR

aufgearbeitet und zur Kenntnis genommen werden kann. Das geht leider nicht, zumindest nicht durch uns. Andererseits aber sind wir willens, den Eindruck zu vermitteln, daß es uns um die ungefilterten Erfahrungen der vielen Unbekannten unter uns geht. Die 16 Millionen Ostdeutschen und die gut 60 Millionen Westdeutschen sollen erfahren, begreifen und immer wieder mitbekommen: Es geht um ihre 45 letzten Jahre und nicht nur um die von einigen ausgesuchten Persönlichkeiten.

Wir wollen möglichst direkt und nah die Beschwerden und Eindrücke, das Leid der Betroffenen und die Vorschläge der gleich uns Beschäftigten hören. Wir wollen politisch analysieren, feststellen, urteilen und bewerten und, so erforderlich, dann praktische Konsequenzen für das Handeln dieses Hauses vorschlagen.

Wenn uns das wenigstens in Teilbereichen bis zum Frühjahr 1994 gelingen soll, dann sind wir ganz gefordert, mit Herz und Verstand, mit dem Willen zur Gerechtigkeit und der Fähigkeit zum Verständnis und zur Barmherzigkeit, vor allem aber als Ostdeutsche und Westdeutsche. Denn, wer das noch nicht begriffen hat, das gilt für dieses Haus und für die 80 Millionen Deutschen: Wir gehören zusammen, wir brauchen einander auch bei dieser Aufgabe.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der F.D.P. und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt das Wort unserem Kollegen Gerd Poppe.

Gerd Poppe (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Enquete-Kommission hat ihre Arbeit zu einer Zeit aufgenommen, da viele Menschen in Deutschland den Sinn einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur bereits wieder in Frage zu stellen beginnen. Zu diesem beklagenswerten Umstand haben sowohl die Mystifizierung des Staatssicherheitsdienstes als auch die zahlreichen neuentstandenen Legenden und aktuellen Fehlbewertungen beigetragen.

Ich nenne noch einmal drei Beispiele dafür. Den Stasiakten könne keine Beweiskraft zugebilligt werden, wird gesagt, der Stasioffizier aber, der sie angelegt hat, sei ein durchaus ernst zu nehmender Entlastungszeuge.

(Beifall bei dem Bündnis 90/GRÜNE, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das fragwürdige Gespräch mit der Stasi wird nachträglich zur einzigen Möglichkeit verklärt, damals etwas für die Menschen getan haben zu können. Bald, so ist zu befürchten, werden sich diejenigen, die von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht haben, dafür entschuldigen müssen.

(Beifall bei dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Gern wird auch behauptet, die Stasidiskussion würde vom Westen aus forciert, um die letzten bewahrenswerten Reste der DDR niederzumachen.

Genug der Legenden. Richtig ist sicher, daß die aktuelle Diskussion sehr verkürzt geführt wird, da sie sich überwiegend auf die Stasi bezieht, da immer noch vor allem von den Helfern und Helfershelfern, wenig von den Hauptverantwortlichen und noch weniger von den Opfern die Rede ist und da meist von einem rein ostdeutschen Problem ausgegangen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Um diesen Defiziten zu begegnen, ist Aufklärung vonnöten, Aufklärung durch Fakten. Das Ziel muß eine umfassende Offenlegung der Herrschaftsstrukturen und Repressionsmechanismen in der SED-Diktatur sein. Die Enquete-Kommission wäre überfordert, wollte sie dies im Alleingang leisten. Sie kann und soll jedoch den öffentlichen Diskurs, die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung anregen und fördern. Dies wird nicht den Identitätsverlust der Ostdeutschen zur Folge haben, sondern bietet ihnen die Chance, verlorenes Selbstbewußtsein neu zu entwickeln. Um das zu erreichen, ist ihnen gegenüber angesichts ihrer psychosozialen Situation allerdings ein hohes Maß an Sensibilität entgegenzubringen.

Wir müssen uns nicht nur auf exemplarische Weise den historischen Eckdaten der DDR-Geschichte zuwenden, sondern auch dem Alltagsleben, den subtilen Formen der Unterdrückung, den Erscheinungen von Anpassung und Resignation, den Möglichkeiten der Verweigerung und des Widerstandes und dem Problem der persönlichen Verantwortung in der Diktatur.

Wir müssen – aller Mystifikation zum Trotz – dem öffentlichen Diskurs die z. T. abhanden gekommene politische Dimension zurückgeben können. Dazu gehört auch, nach dem Fortleben diktatorischer Strukturen in der Demokratie zu forschen und die Konsequenzen für die Entwicklung der Demokratie zu ziehen.

Spätestens an dieser Stelle wird klar, daß nicht nur vom Osten zu reden ist; die Menschen im Westen müssen sich endgültig vom überkommenen, bipolaren Denken verabschieden, anstatt etwas mitzubetreiben, was kürzlich in einem bemerkenswerten Essay als „die geistige Wiedererrichtung der DDR“ beschrieben wurde.

Meine Damen und Herren, bei all dem dürfen wir die Erwartungen, die sich an unsere Arbeit richten, nicht zu hoch schrauben; die politische Auseinandersetzung mit der Diktatur schafft noch keine Gerechtigkeit.

Viele Opfer resignieren angesichts der Schwierigkeiten der Justiz und der Tatsache, daß sich die Diener des Systems sehr schnell unter den neuen Bedingungen zurechtfinden, während die Last der Aufarbeitung vor allem auf den Opfern selbst liegt.

Sich auf die Sicht der Betroffenen, sich auf ihren sogenannten moralischen

Rigorismus einzulassen, bedeutet in der Tat, die eigenen ein für allemal gesichert geglaubten Positionen einer erneuten kritischen Überprüfung auszusetzen. Sie werden ihr nicht in jedem Fall standhalten. Aber davor sollte sich niemand fürchten, ganz im Gegenteil: Je offener die gesamtdeutsche Debatte geführt, je intensiver die ostdeutsche Nachkriegsgeschichte als Folge und Bestandteil einer gemeinsamen deutschen Geschichte begriffen wird, um so aussichtsreicher werden die Bemühungen sein, die noch vorhandene Kluft zwischen Ost und West zu überwinden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt unserem Kollegen Dr. Jürgen Schmieder das Wort.

Dr. Jürgen Schmieder (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe zu den Mitinitiatoren dieser Enquete-Kommission gehört, zumindest auf seiten der Liberalen. Im Prinzip bin ich froh, daß wir diese Form der Aufarbeitung der politischen Vergangenheit gefunden haben und daß wir diese Form der Aufarbeitung dem Tribunal vorgezogen haben.

Ich freue mich, daß wir in der Enquete-Kommission eine einvernehmlich abgestimmte Konsenslösung für den Auftrag der Enquete-Kommission gefunden haben. Insbesondere diese Konsenslösung spricht nachhaltig dafür, daß in der Enquete-Kommission eine sehr konstruktive, sachorientierte Zusammenarbeit vorherrscht und daß wir in der Kommission einen sehr fairen Umgang miteinander pflegen. Ich beziehe alle ein. Mein Dank richtet sich an die Vertreter der PDS.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auf Grund dessen, daß wir eine Konsenslösung erzielt haben, spare ich es mir jetzt, auf bestimmte thematische Inhalte einzugehen. Ich möchte mir erlauben, einen Schwerpunkt besonders herauszustellen: Hier geht es aus meiner Sicht um die vorrangige Rolle der Untersuchung der Bedeutung der Ideologie im Zusammenhang mit integrativen Faktoren und disziplinierenden Praktiken. Es gilt, die Funktion und die Instrumentalisierung genau dieser Ideologie zu untersuchen, eigentlich die Dogmatisierung und Verherrlichung zur Wissenschaft. Es geht darum, den Stellenwert und den Mißbrauch von Erziehung, Bildung, Kunst, Kultur und Sport sowie den Umgang mit Karriereangeboten und diversen Privilegien zu untersuchen. Ich bin froh darüber, daß wir in der Enquete-Kommission relativ einig waren und genau diesen Punkt ziemlich weit vorn plaziert haben, denn das unterstreicht nachhaltig den Stellenwert, den ich auszudrücken versucht habe.

Die Enquete-Kommission hat sich auf eine Arbeitsweise verständigt, die man eigentlich nur hochgradig begrüßen kann. Es wird Gespräche geben mit Betroffenen, es wird Gespräche geben mit Bürgergruppen, mit Wissenschaft-

lern und anderen Initiativen, die sich gleichfalls den Auftrag gestellt haben, die politische Vergangenheit, praktisch die DDR-Geschichte, aufzuarbeiten. Natürlich – Vorredner haben es schon geschildert – wird es auch öffentliche Anhörungen und Foren geben, und die Enquete-Kommission wird Gutachten und Forschungsarbeiten vergeben.

Die Enquete-Kommission ist sich selbstverständlich im klaren darüber, daß sie die gesamte Aufgabenstellung, die jetzt zur Abstimmung vorliegt, nicht selbst erledigen kann. Sie kann im Prinzip nur Anregungen, Empfehlungen, Hinweise und Beiträge liefern. Selbstverständlich wird sie am Ende der Legislaturperiode einen Bericht vorlegen.

Die Enquete-Kommission kann selbstverständlich nicht die strafrechtliche Aufarbeitung ersetzen, und sie kann natürlich auch nicht der historischen Forschung vorgreifen bzw. die historische Forschung ersetzen. Die Enquete-Kommission möchte einen Beitrag zur Versöhnung leisten und versteht sich als ein Instrument zur Aufarbeitung der politischen Vergangenheit der Ex-DDR.

Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker:

Als letzter Redner in der Debatte hat jetzt das Wort unser Kollege Dr. Hartmut Soell.

Dr. Hartmut Soell (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen! Verehrte Kollegen! Ich möchte einige Bemerkungen zu den methodischen Problemen unserer Arbeit machen, ohne Wasser in den Wein zu gießen. Aber ich meine, daß wir uns bewußt bleiben sollten, daß wir hier – einige der Vorredner haben es schon betont – auf einem schwierigen Feld zwischen einer Sachstandsenquete und einer Mißstandsenquete befinden. Die meisten Enquete-Kommissionen, die wir bisher hatten, haben sich durch mehr oder minder exakte wissenschaftliche Daten ihre Felder erschließen können, jedenfalls wenn die methodischen Voraussetzungen jeweils geklärt waren.

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ muß sich bei ihrer Arbeit, selbst wo sie im Konsens stattfindet, dessen bewußt sein, daß sie bei der Auswahl der Einzelthemen, der Fragestellungen und Methoden, von der Bewertung ganz zu schweigen, weltanschauliche, also wertbezogene Vorprägungen zu eigen hat, die immer durch öffentliche Diskussionen kontrolliert werden müssen. Das heißt, die Rückbindung an die Arbeit der Foren, der Initiativen der Gruppen der Betroffenen muß immer wieder stattfinden.

Wir sollten uns auch nicht der Illusion hingeben, daß wir hier gewissermaßen Objektivitätsgrade erreichen, die ja – jedenfalls nach dem ideologischen Ende derer, die meinten, sie hätten die Geschichte und dadurch auch die

historische Objektivität für sich gepachtet – für uns eigentlich überwunden sein sollten. Es geht wesentlich um intersubjektive Verständigung, die immer von neuem erfolgen soll. Wir sind weder Oberrichter im strafrechtlichen noch im politisch-moralischen Sinne.

Bei dieser Gratwanderung gibt es natürlich noch eine weitere Möglichkeit, zu straucheln und abzustürzen. Angesichts der Themenfülle können Erwartungen bei uns wie bei anderen ausgelöst werden, die wir in keiner Weise erfüllen können. Deshalb die stets zu beachtende Einschränkung, die wir uns selber auferlegt haben, nämlich daß wir historische Forschung weder vorwegnehmen noch gar ersetzen können.

Zu den Konsequenzen unserer Arbeit, insbesondere den Handlungsempfehlungen, hat der Kollege Meckel schon einiges gesagt. Wir müssen während der Arbeit in erheblichem Umfang von den Erfahrungen und Erkenntnissen der Betroffenen, aber auch der Wissenschaftler sowie von denen, die in den Institutionen und Strukturen der SED-Diktatur tätig waren, Gebrauch machen.

Forschungsaufträge müssen über den Kreis der dabei beteiligten Sachverständigen hinausgehen. Sie sollten auch längere Zeiträume umfassen können als die zwei Jahre, die uns zugemessen sind. Es geht vor allem um die Verknüpfung von systematischen Fragestellungen mit einzelnen Phasen der Geschichte des SED-Staates seit 1945, wie wir dies im Abschnitt III noch einmal deutlich gemacht haben, damit bestimmte Gruppen von Betroffenen in spezifischer Weise herausgearbeitet werden können. Es werden im großem Umfang – auch darüber sollten wir uns keinen Illusionen hingeben – weiße Flecken bleiben, die von der Wissenschaft langfristig sehr viel genauer untersucht werden müssen.

Damit unsere Arbeit nicht nur an der Oberfläche kratzt, sondern zu wirkungsvollen Handlungsempfehlungen kommt, wollen wir unsere Arbeit in einigen Bereichen durch Arbeitsgruppen vorstrukturieren. Es soll erstens eine Arbeitsgruppe zur Sichtung der Archive geben: Wir brauchen bald entsprechende Untersuchungen über die Bestände und die Zugangsmöglichkeiten. Erhebliche Bestände sind nach dem 9. November vernichtet worden. Auch darüber müssen wir uns ein Bild verschaffen, und zwar sehr bald.

Zweitens soll es eine Arbeitsgruppe geben, die sich mit der Rolle der Stasi und den Akten, die sie hinterlassen hat, beschäftigt. Diese Arbeitsgruppe soll die Arbeit der gesamten Enquete-Kommission vorbereiten, damit diese intensiver verläuft. Wir wissen – davon hat der Kollege Poppe gesprochen –, daß sich die Stasi in Teilen der Öffentlichkeit inzwischen als eine Art Mythos darstellt. Es wird nicht leicht sein, diesen Mythos zu entmythologisieren, ohne die Wirkung zu bagatellisieren.

Dabei können zwei Erfahrungen helfen. Ich möchte hier einmal aus dem Nähkästchen des Historischen Seminars plaudern. In jedem einzelnen Fall

müssen die kritischen Fragen, die mit „W“ beginnen, gestellt und so umfassend wie möglich beantwortet werden: Wer hat was wie wann wo zu welchem Zweck gemacht? – Dabei wissen wir, daß es schon in rechtsstaatlichen, also sogenannten normalen Systemen irreführend ist, wenn man nur auf eine Quellengruppe vertraut. Es kommt wirklich darauf an, weitere schriftliche Quellen hinzuzuziehen sowie Beteiligte anzuhören und zu fragen, in welcher Rolle, Funktion und Verantwortlichkeit sie sich befanden.

Eine zweite sehr persönliche Erfahrung: Wer wie ich mit Polizeiakten, Ermittlungsakten, Aussagen von Spitzeln und Informanten in autoritären und totalitären Systemen einigermaßen Bescheid weiß – wenn auch nicht unbedingt umfassend; bei der Beschäftigung mit der Stasi gewinnen wir immer neue Erkenntnisse –, muß feststellen, daß diese Akten in der Regel sehr, sehr viel mehr über die Verfasser dieser Berichte und Akten, über die Mechanismen der Institutionen, in denen sie tätig sind, insbesondere auch über die Hierarchien und Verantwortlichkeiten Auskunft geben, als eine wahrheitsgemäße Darstellung von Tatsachen enthalten. Sie sind zunächst allenfalls Indizien dafür, daß Vernehmungen, Berichterstattungen und Denunziationen überhaupt stattgefunden haben.

Nur wenn wir mit solcher kritischen Sonde an die Stasi herangehen, die sich von außen angesichts ihres Perfektionsdrangs zunächst als eine sehr deutsche Mischung von Terrorinstrument auf der einen Seite und wahnhaftem Zirkel auf der anderen Seite darstellt, können wir dazu beitragen, die Stasi zu entmythologisieren, ohne ihre fatalen Wirkungen zu bagatellisieren. Nur so wird es uns gelingen, die SED und ihre Führung als die Hauptverantwortlichen der linken Variante totalitärer Versuchung in der jüngsten deutschen Geschichte zu entlegitimieren und so zur Bildung eines demokratischen Selbstbewußtseins beizutragen. Das ist neben der Beseitigung des Unrechts – soweit dies irgend möglich ist – eine der Hauptaufgaben dieser Kommission. Ich wünsche uns eine erfolgreiche Arbeit.

Schönen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, hören wir zwei Erklärungen zur Abstimmung gemäß § 31 der Geschäftsordnung.

Zunächst hat zu einer Erklärung zur Abstimmung unser Kollege Dr. Uwe-Jens Heuer das Wort.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte eine Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten für notwendig, da das Mitglied meiner Gruppe und unser Vertreter in der

Enquete-Kommission Dietmar Keller dem Beschlußvorschlag zugestimmt hat. Er trägt damit unseren Gruppenantrag nicht mehr.

Ich kannte Dietmar Keller bis 1990 nicht persönlich. Seitdem, seit über zwei Jahren, waren wir Seite an Seite in den komplizierten Tagen der letzten Volkskammer und dann im Bundestag. Mich hat seine Entscheidung schwer getroffen.

Für mich gibt es nicht nach wie vor vor allem zwei Gründe, an meiner Ablehnung der Aufgabenstellung der Kommission festzuhalten, wie ich sie mit meiner Rede am 13. März deutlich gemacht habe.

Erstens wird mit dieser Aufgabenstellung historische Gerechtigkeit verhindert. Wie schwer sie zu erlangen ist, wissen wir alle. Dieser Beschluß aber läßt zu vieles weg, als daß er ein Wegweiser für historische Gerechtigkeit sein könnte.

Wir hatten in unserem Antrag gefordert, zugleich mit der Auseinandersetzung mit vielfältigen Unterdrückungsmechanismen zu beachten, daß es in der DDR auch Leistungen und Werte gab, die die Zustimmung vieler Bürgerinnen und Bürger fanden. Die DDR war Staat und Gesellschaft. Wir sehen in der DDR einen legitimen Versuch – wenn auch gescheitert –, zu den aggressiven und antidemokratischen Traditionen in Deutschland eine Alternative zu schaffen. Rudolf Bahro schrieb kürzlich: „Wenn die Schlacht von Stalingrad und was dahin geführt hat, sozusagen keine historische Legitimität konstituiert, dann gibt es rational keine Möglichkeit, den Biographien von Menschen gerecht zu werden, die sich hier einstmals engagiert hatten“. – So steht es in der „Jungen Welt“ vom 6. Mai dieses Jahres.

Das alles ist im Beschlußentwurf nicht enthalten. Zugleich gibt es zweifellos moderatere Töne als in den ursprünglichen Vorlagen. Die Vokabel vom Unrechtsstaat kehrt nicht wieder. Am schlimmsten ist für mich die Formel von „nahezu sechs Jahrzehnten diktatorischer Regierungsform“ im Osten Deutschlands.

(Dirk Hansen [F.D.P.]: Das ist die Wahrheit!)

Diese Formel setzt den gescheiterten Sozialismusversuch in der DDR Nazi-deutschland – wie auch immer verschleiert – gleich.

(Manfred Richter [Bremerhaven] [F.D.P.]: Quatsch! Unverbesserlich!)

Ungenügende Abrechnung mit dem Nazi-Faschismus wird jetzt gutgemacht durch eine Abrechnung mit den Sozialisten in der DDR.

Zweitens geht es mir auch um die Interessen, Wünsche, Hoffnungen und die Verzweiflung meiner Wähler und Anhänger in Ostdeutschland. Dort verschärft sich die ökonomische und soziale Krise, gibt es Massenarbeitslosigkeit, Abwicklung und Demütigung von Hunderttausenden. Die Konflikte zwischen Ost und West spitzen sich zu. Viele Menschen zweifeln am Sinn ihres

Lebens. Verurteilung und Abstrafung erscheint als notwendige Konsequenz gegenüber schuldig gewordenen Handlangern einer Diktatur.

Der Kampf gegen Vereinigungsunrecht schöpft seine Kraft auch aus der eigenen Identität. Wer mit Scham und Schuldgefühl auf seine eigene Geschichte zurückblickt, der vermag auch nicht zu kämpfen. Es hilft auch nicht Trotz und Starrsinn. Es hilft nur wirkliche Trauerarbeit, die aber nicht im Geiste der Rache, des Siegesbewußtseins von außen geleistet werden kann.

(Dirk Hansen [F.D.P.]: Fangen Sie damit an!)

Kurt Biedenkopf hat in einem Artikel gegen die „Aufholjagd des Ostens“ – „Frankfurter Rundschau“ vom 27. März 1992 – eine Identität des Ostens eingefordert. Diese Identität kann ohne ein Annehmen der Geschichte in ihrem ganzen Umfang, der Hoffnungen, der Kämpfe, der Schuld und des Unrechts nicht erlangt werden. Sie zeigt sich heute auch in der Verteidigung Manfred Stolpes, im Auftreten von Peter Michael Diestel und anderer CDU-Abgeordneter Brandenburgs, die erklären: Ich war Ostdeutscher, ich werde es immer sein.

Ich werde in zwei Monaten 65 Jahre. Ich hatte und habe keinen politischen Ehrgeiz. Ich sehe es nur noch als meine Aufgabe an, die Interessen derer zum Ausdruck zu bringen, die es mit diesem ungeheuren Umbruch in Ost-Deutschland schwerhaben, der MZ-Arbeiter in Zschopau, ebenso der Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität in Leipzig, meiner Wissenschaftlerkollegen in Berlin, der vielen Rentner, die mit Rentenbestrafung und dem Sinnverlust nicht fertig werden, derer, die im demokratischen Sozialismus immer noch eine Alternative zum Kapitalismus sehen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

In der Beschlußvorlage ist davon die Rede, daß es gelte, „einen Beitrag zur Versöhnung in der Gesellschaft zu leisten“. Ich habe die Hoffnung noch nicht verloren, daß es auch in diesem Hause eine Möglichkeit gemeinsamer Arbeit gibt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Mit Ihnen nicht!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, jetzt hat das Wort zu einer Erklärung Frau Kollegin Andrea Lederer.

Andrea Lederer (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorab: Ich habe keinerlei Veranlassung, mich von meinem Kollegen Dietmar Keller zu distanzieren. Ich bin sehr froh, daß er in der Enquete-Kommission mitarbeitet, und betone, daß ich als Westlerin sehr, sehr viel gerade von ihm über die DDR gelernt und erfahren habe.

Dennoch möchte ich ganz kurz begründen, warum auch ich der Beschlußempfehlung nicht zustimmen werde. Für mich hat dies vier inhaltliche Gründe, die in meinen Augen zu einer politischen Schiefelage in der Aufgabenstellung führen.

Erstens. Die Einleitung enthält eine Reihe von bewertenden Feststellungen, die, wenn überhaupt, doch nur das Ergebnis der Untersuchung sein können. Eine Vorwegnahme erschwert in meinen Augen eine wirklich offene Untersuchung.

Zweitens. Für fatal halte ich auf jeden Fall die indirekte Gleichstellung des deutschen Faschismus mit dem gesellschaftlichen System der ehemaligen DDR. Diese spiegelt sich in der bereits zitierten Formulierung wider, wonach die Menschen in den neuen Bundesländern „nahezu sechs Jahrzehnte lang diktatorischen Regierungsformen unterworfen“ waren, wobei z. B. die demokratischen Ansätze in der DDR unmittelbar nach 1945 einfach unterschlagen wurden. Diese Gleichstellung bedeutet, daß die Singularität des Faschismus bestritten und damit an die unsägliche sogenannte Historikerdebatte angeknüpft wird.

Drittens. Versöhnung erfordert Differenzierung. Es trägt eben gerade nicht zu einer wirklichen Erkenntnis über die ehemalige DDR bei, sondern verzerrt von vornherein, wenn schon durch die Fragestellung ausschließlich Negativerscheinungen dieses Systems Gegenstand der Untersuchung sein sollen. Das hat überhaupt nichts mit DDR-Nostalgie zu tun, sondern das ist gerade eine Erfahrung, die ich wiederum als Westlerin bei vielen Reisen in den neuen Bundesländern gemacht habe.

Das DDR-System beruhte eben auch oft auf zumindest partieller Zustimmung, z. B. wegen der sozialen und materiellen Sicherung von Frauen, wegen eines wesentlich geringeren Einkommensgefälles als in der BRD. Zur Lebenswirklichkeit gehörte auch das. Deshalb gehört das auch zur Aufgabenstellung der Kommission. Es kann eben nicht nur um die „Offenlegung des Unrechts und um die Benennung von Verantwortlichkeit“ gehen, wobei das natürlich auch Aufgabe ist, sondern es muß auch einbezogen werden, daß insbesondere nach 1945 das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft für viele Menschen eben eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus darstellte.

Viertens. Meines Erachtens müssen gerade auch die innenpolitischen Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland (alt) eine größere Rolle spielen, weil sie sich eben auch auf die innenpolitische Entwicklung der ehemaligen DDR konkret ausgewirkt haben. So war z. B. das System der ehemaligen DDR zu keiner Zeit so repressiv wie in der Zeit der wirtschaftlichen Blockade und der Nichtanerkennung der ehemaligen DDR durch die BRD.

(Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Das ist doch Unsinn! Das ist absoluter Unsinn!)

Das muß ebenfalls einbezogen werden. Das läßt sich auch ohne Probleme nachweisen.

Ich setze sehr auf die Wissenschaftler in dieser Kommission. Aber aus

den genannten Gründen werde ich heute der Beschlußempfehlung nicht zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“, Drucksache 12/2597. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlußempfehlung bei vier Gegenstimmen der PDS/Linke Liste und einer Enthaltung aus den Reihen der SPD angenommen.